



DER ÜBERSEE-CLUB e.V.

PETER SCHULZ

Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg

26. OKTOBER 1972

DYNAMISCHE POLITIK FÜR HAMBURG –
MIT MASS UND NÜCHTERNHEIT



Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Sie haben mich eingeladen, sozusagen als Eröffner des Winterprogramms zu wirken, und Sie haben diese Einladung an mich gerichtet, als noch durchaus nicht entschieden war, daß schon bald Neuwahlen zum Deutschen Bundestag stattfinden würden. Nun stehen uns diese Wahlen in gut drei Wochen ins Haus, und das bedeutet für die Politiker dieses Landes, daß sie alle, mehr oder minder intensiv, auf die politische Rednerbühne, auf die parteipolitische Walstatt treten müssen. Ich könnte mir denken, daß der eine oder der andere von Ihnen mit einer gewissen Sorge – oder Erwartung, je nachdem – beim Näherkommen dieses Abends überlegt hat, welcher Art denn wohl in dieser Situation das Referat des Bürgermeisters sein werde, und es sind mir denn auch ein paar gute Ratschläge auf den Weg gegeben worden. Ich will diese Ratschläge alle vergessen. Was könnte man besser tun mit Erwartungen, der Bürgermeister dieser Stadt werde den Übersee-Club möglicherweise mit einer Wahlversammlung verwechseln. – Soviel dazu.

Ich bin dem Übersee-Club dankbar dafür, daß er mir sein Forum eröffnet, um Gedanken über Ziele und Inhalt unserer Politik für Hamburg darzulegen. Lassen Sie mich hier wiederholen – und Sie, lieber Herr Stödter, werden mir verzeihen, daß ich nicht Rilke zitiere, sondern Peter Schulz –, was ich zum Übersee-Tag 1972 sagte: Der Übersee-Club ist ein Stück Hamburg geworden, ein nicht wegzudenkendes Stück von Hamburg, ein gestaltender Faktor für das Selbstverständnis dieser Stadt.

Vor Ihnen über Hamburg zu sprechen, ist für den Bürgermeister ein Auftrag und zugleich eine Herausforderung. Der Auftrag betrifft die durch das Thema und den Zuhörerkreis gleichermaßen gestellte Notwendigkeit, sich jenseits der Probleme des Tagesgeschäfts über den Stand unserer Angelegenheiten Rechenschaft zu geben. Die Herausforderung liegt darin, daß in diesem Kreis und von diesem Kreis engagiertes und kritisches Interesse an den politischen Vorstellungen und an den Handlungen des Senats erwartet werden können. Dabei geht es mir durchaus nicht nur

um Ihr Zuhören und auch nicht in erster Linie um den Grad Ihrer Zustimmung zu dem, was ich Ihnen vortragen werde, obgleich Ihre Zustimmung – die Zustimmung, lassen Sie mich es nicht ganz exakt einmal so formulieren: der hamburgischen Kaufmannschaft, der hamburgischen Wirtschaft – durchaus von großem Wert ist. Jene Schichten unserer Stadt, die in der Mitgliederliste dieses Clubs vor allem repräsentiert sind, tragen, wenn es um unser Gemeinwesen, um die Gestaltung unserer inneren Verhältnisse, um die Ordnung der Angelegenheiten dieser Stadt und vor allem auch um ihr Gewicht nach außen geht, eine besondere Verantwortung. Es war, und ich will gern ohne Einschränkung auch sagen: es ist eine unbestrittene Leistung der hamburgischen Kaufmannschaft, den Erfolg der eigenen Geschäfte nicht als das alleinige oder das höchste Ziel anzusehen. Die vielleicht bedeutendste politische Tat in der neueren Geschichte Hamburgs ist jenes Bündnis, wie man es damals nannte, zwischen Kaufmann und Arbeiter, das die politische Landschaft Hamburgs nach 1918 so nachhaltig und so – wie ich meine – erfolgreich geprägt hat. Ich weiß – und Sie wissen natürlich auch –, daß die Begriffe „Kaufmannschaft und Arbeiterschaft“ heute im wörtlichen Sinne nicht mehr das abdecken, was hier gemeint ist. Hamburg ist inzwischen einer der größten europäischen Industriestandorte geworden, und so ist auch der Industrielle, das industrielle Management, schon seit langem gleichberechtigt und gleichgewichtig neben die eigentliche Kaufmannschaft getreten, wobei der Name einer gewichtigen Institution unserer Stadt dies nicht ohne weiteres vermuten läßt. Auf der anderen Seite steht durchaus nicht mehr nur die Arbeiterschaft. Da steht neben dem Arbeiter die große, ständig wachsende Zahl der Angestellten und der Beamten des öffentlichen Dienstes im Rahmen einer ständig wachsenden Leistungsverwaltung.

Die Zusammenarbeit der Repräsentanten dieser beiden Großkreise innerhalb der gesellschaftlichen Struktur unserer Stadt funktioniert, und es gibt dafür zwischen Rathaus und Kammer, zwischen Gewerkschaften und Unternehmern, zwischen Management und Mitarbeitern, zwischen den Koalitionspartnern in Senat und Bürgerschaft immer wieder praktische Beispiele. Von jenem Teil der Partnerschaft, der früher mit dem Begriff „Kaufmann“ umschrieben wurde, meinen jedoch manche Beobachter der Szene, daß er seinen Raum, seine Möglichkeiten politischen Wirkens nicht mehr voll ausfülle. Ich weiß, daß es dafür Gründe gibt. Mir ist bewußt, wie sehr das tägliche Geschäft immer mehr die Zeit beschränkt, die neben der verantwortlichen Tätigkeit im Betrieb für die Angelegenheiten der Stadt übrigbleibt. Nun, wir, die Mitglieder des Clubs, sollten darum besorgt sein und dafür werben, daß dieser Raum nicht noch kleiner wird, daß er wieder zunimmt und daß es wieder eine Selbstverständlichkeit für viele wird, daß Verantwortung im Wirtschaftsleben dieser Stadt auch die realisierte Bereitschaft umfaßt, Verantwortung für unser Gemeinwesen zu übernehmen, auch in den von der Verfassung vorgesehenen Körperschaften. Wir brauchen diese Bereitschaft zur Mitverantwortung nach innen und nach außen. Nach innen, weil wir zu einer, fruchtbaren Lösung der gesellschaftlichen und ökonomischen Probleme unserer Zeit nur dann kommen werden, wenn alle Kreise unserer Gesellschaft, wie unterschiedlich auch ihre Interessenlage im einzelnen sein mag, die Herausforderungen unserer Zeit in dem Bewußtsein beantworten, daß sie in den Fragen wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts nicht so handeln können, als gäbe es den jeweils anderen nicht.

Die Wirtschaft kann auf Dauer – das lehren viele Beispiele aus Vergangenheit und Gegenwart – nur dort beständigen und gesicherten Erfolg erzielen, wo die politische Kraft der organisierten Arbeitnehmerschaft bereit ist, den Staat und seine Wirtschaftsform aus Überzeugung mitzutragen. Wo dies akzeptiert wird, ist umgekehrt den Führungskräften in der Wirtschaft die Anerkennung von Leistung und Verantwortung noch niemals ernstlich versagt worden. Und auch nach draußen haben sie, die Repräsentanten jener Kreise unserer Stadt, die der Begriff „Kaufmannschaft“ zumindest symbolisch mit erfaßt, eine unverändert wichtige, eine eher sogar wachsend wichtige Funktion oder jedenfalls Aufgabe. Vor fast auf den Tag genau zehn Jahren hat ein Mann, der sich lange Zeit erfolgreich hinter drei Sternen verborgen hielt, die anstelle seines Autorennamens standen, in einer hiesigen Zeitung allen Hamburger mahnend ins Stammbuch geschrieben: „Hanseatentum muß nicht eine

Sache vergangener Zeiten und deshalb bloß des Lesebuchs sein. Hanseaten werden gegenwärtig in der deutschen Politik dringend gebraucht.“

Derjenige, der das schrieb, steht heute selbst an prominenter Stelle in der bundesdeutschen Politik, an der Spitze des Wirtschafts- und Finanzressorts. Seine Mahnung an seine Mithamburger gilt unverändert. Sie geht vor allem an die Adresse derer, die – ob in Wirtschaft oder Politik, ob in Wissenschaft und Kultur – die Kenntnisse, die Möglichkeiten, die Erfahrungen haben. Beiträge zur Politik unseres Landes zu formulieren, sie wirksam zu machen, die Rolle unserer Stadt als Mittlerin zwischen den Völkern immer wieder zu überprüfen, neu zu konzipieren und dabei zu akzeptieren, daß es auch zu dieser Rolle gehört, neue politische und gesellschaftliche Entwicklungen zu prüfen und zu wägen und in die bestehenden Strukturen zu integrieren. Und dies alles mit Maß und Nüchternheit.

Der Hintergrund, vor dem Politik in Hamburg für Hamburg gemacht wird, ist in ständiger Wandlung. Die letzten Jahre haben entscheidende Veränderungen gebracht. Die jetzt geführten Verhandlungen mit der DDR über einen Grundvertrag sind der logische nächste Schritt nach den Verträgen von Moskau und Warschau, dem Viermächteabkommen über Berlin und dem nun in beiden deutschen Teilstaaten ratifizierten Verkehrsvertrag. Ein weiterer Schritt ist und muß sein die Fortführung von Gesprächen mit anderen kommunistischen Staaten über die Aufnahme normaler diplomatischer Beziehungen. Diese Schritte liegen auf der Linie der in unserer Stadt vor fast zwei Jahrzehnten konzipierten und von allem Parteien Hamburgs getragenen Politik der Elbe. Wir werden die unmittelbaren Ergebnisse dieser Vertragswerke nüchtern einschätzen. Wir dürfen aber von ihnen erwarten, daß sie dazu beitragen, die Verbindungen in das gewachsene und von uns so lange durch tiefe und trotz aller Bemühungen gerade der Hamburger Wirtschaft und der Hamburger Politik nur notdürftig und nur provisorisch überbrückte Gräben der Konfrontation getrennte Hinterland wieder zu verbreitern und zu festigen.

Diese Stadt hat immer mit großem Nachdruck die Erweiterung der europäischen Zusammenarbeit über den ursprünglichen Kreis der Sechs hinaus gefordert. Wir können es nicht messen, aber wir können es als sicher annehmen, daß diese Beständigkeit, daß die Hartnäckigkeit, mit der Hamburg sich für die Erweiterung der EWG eingesetzt hat, im breiten Strom der europäischen Meinungsbildung nicht ohne Wirkung geblieben ist. Hier zeigt sich, daß es den Einsatz wert ist, auch über lange Zeitspannen, durch Perioden scheinbarer Aussichtslosigkeit den eigenen, für richtig erkannten Standpunkt beharrlich zu vertreten. Wir haben daher die Entscheidung in Großbritannien mit großer Befriedigung aufgenommen. Wir haben das Ja unserer dänischen Nachbarn mit aufrichtiger Freude erlebt. Und wir müssen das Nein Norwegens in der Erwartung akzeptieren, daß dies ein Umweg ist, der die ,Revision der Entscheidung nicht ausschließt.

Es wird Hamburgs Aufgabe sein, seine Rolle in der vergrößerten Gemeinschaft gegenüber Skandinavien zu erkennen, beharrlich gegen alle Abschließungstendenzen gegenüber Drittländern zu kämpfen und dafür zu sorgen, daß über allem Eifer, mit dem Marktordnungen diskutiert, Abschöpfungen eingeführt und Bestimmungen über den Fettgehalt der Trinkmilch festgelegt werden, der europäische Gedanke, die Hoffnung einer ganzen Generation, nicht verdorrt. Wir müssen dazu beitragen, daß diese großartige europäische Vision, ohne die die Gemeinschaft nichts anderes als ein übernationaler Supermarkt wäre, ihre vorwärtsstoßende Kraft behält. Die Aussichten dafür sind nicht schlecht. Der Pariser Gipfel hat zwar einige Illusionen gedämpft, aber er hat eben auch die Schwarzmaler ins Unrecht gesetzt. Die Vertreter der neuen Mitgliedsstaaten saßen neben den Sprechern der Gründungsstaaten am Verhandlungstisch, sehr selbstbewußt und beinahe schon selbstverständlich. Es ist hart verhandelt worden, und es ist etwas erreicht worden, keine Durchbrüche zu neuen Horizonten – die sind im Alltag der Gemeinschaft ohnehin nicht von Konferenz zu Konferenz zu erwarten –, aber doch ein Mehr an gemeinsamen Stabilitätsbemühungen und ein weiterer Schritt in Richtung auf die politische Gemeinschaft, die erst Europa ausmachen kann. Und wer daran zurückdenkt, wie noch im Frühsommer die Chancen des europäischen Gipfels standen, der kann verstehen, daß wir nicht unbefriedigt sind.

Im Wirkungsbereich Hamburgs – und hier gilt eben immer noch Albert Ballins Wahlspruch „Mein Feld ist die Welt“ – sind also wichtige Dinge in eine Richtung in Gang gekommen, die unseren Vorstellungen, unseren Absichten, unseren Ratschlägen entsprechen. Aber bei der Freude an neu erschlossenen Beziehungen dürfen und wollen wir unsere traditionellen politischen und wirtschaftlichen Verbindungen nicht vernachlässigen. Das Neue freudig ergreifen und das Bewährte sorgfältig pflegen, dies ist für den Kaufmann und für den Politiker nicht der schlechteste Leitsatz. Er bestimmt die Handlungsmaximen, nach denen wir im Rathaus versuchen, Politik zu konzipieren und konkret zu betreiben.

Ich will von einigen Aspekten dieser Politik jetzt sprechen, und wenn ich dabei die Begriffe „Maß“ und „Nüchternheit“ verwende, so bedeutet dies keine Absage an die Phantasie und an die Kraft der Vision in der Politik. Wer die Zukunft gestalten will, muß die Probleme der Gegenwart sehen und lösen. Aber er muß sie lösen mit dem Bild der Zukunft vor Augen. Dieses Bild, auf Hamburg bezogen, ist für uns eine mit Leben erfüllte, dynamisch sich fortentwickelnde lebenswerte Stadt, die ihre Metropolfunktion erfüllt, indem sie mit bestimmender Kraft die norddeutsche Region beeinflußt, und die Chance des neu oder weiter sich öffnenden Hinterlandes nutzt, um für diese Länder wieder in stärkerem Maße das Tor zur Welt zu werden. Der Auftrag lautet, die Möglichkeiten des wissenschaftlichen, technischen und wirtschaftlichen Fortschritts zu nutzen, nicht nur zugunsten einer Ausweitung der wirtschaftlichen Kraft, sondern auch und vor allem im Interesse der in dieser Stadt lebenden Menschen.

Dieses Bild zu verwirklichen, erfordert, Prioritäten zu setzen. Entscheidungen für die eine oder die andere Priorität sind dabei immer Wertentscheidungen. Sie bedeuten, dem einen Bereich bewußt eine größere Chance der Realisierung einzuräumen als anderen. Natürlich sind sich alle einig, daß Prioritäten gesetzt werden müssen. Allen geht dieses Wort glatt von der Zunge, mitunter so glatt, daß mich das Fürchten ankommt, weil das allgemeine Bekenntnis zu Prioritäten wie etwa Bildung, Gesundheit, Städtebau nicht genug ist und weil man beim Setzen von Prioritäten dann auch bereit sein muß, sich nicht nur an der glatten Oberfläche dieses Begriffs zu bewegen, sondern auch die Kehrseite zu akzeptieren, daß nämlich mit dem Setzen von Prioritäten manche Gebiete, die auch wichtig sind, zurücktreten müssen.

Wenn wir Bildung, Gesundheit, Städtebau an die Spitze unserer Prioritätenliste gesetzt haben, so setzt diese Rangfestlegung voraus, daß die Entwicklung unserer Wirtschaft, unsere Finanzkraft, als Voraussetzung für alles akzeptiert wird. Wir wollen die Wirtschaftsstruktur Hamburgs verbessern, weil wir wissen, daß wir nur so stetiges Wachstum sichern können, Wachstum als Voraussetzung dafür, daß die Gemeinschaft Hamburg für die Bürger dieser Stadt leistungsfähig bleibt.

Meine Damen und Herren! Wir alle spüren, glaube ich, daß uns die Unbefangenheit bei der Anwendung des Begriffes „Wachstum“ verlorengegangen ist, ob wir dabei nun an ökonomische oder an gesellschaftliche Wachstumsprozesse denken. Manche tun so, als wäre Wachstum an sich schon der Erzfeind einer humanen Gesellschaft, eines lebenswerten Lebens. Die geradezu paradoxe Einseitigkeit dieser Haltung – einer Haltung übrigens, vorgetragen in trautem Verein von Erzkonservativen und jenen, die sich als die Vorreiter des Fortschritts empfinden, und beide dabei fest im vorigen Jahrhundert verwurzelt – ist wenig hilfreich. Ohne wirtschaftliches Wachstum werden uns die Mittel fehlen, die unerlässlich sind, um unsere Vorstellungen vom Hamburg der Zukunft zu befriedigen, zu verwirklichen.

Da ist zum einen der durchaus nicht gekünstelte Zusammenhang zwischen Wachstum und Bildung. Ohne wirtschaftliches Wachstum werden wir nicht jene Mittel aufbringen können, die Voraussetzung breiterer Bildungszugänge für alle Bürger sind. Und bessere Bildungsvoraussetzungen sind zur Bewältigung immer komplizierterer Prozesse in allen Phasen von Produktion und Verteilung notwendig.

Ebenso bestehen Wechselbeziehungen – um ein weiteres Stichwort aufzugreifen – zwischen Wachstum und Umweltschutz. Wer unter Umweltschutzpolitik mehr versteht als die bloße liebenswerte, aber eben nicht mögliche Neuauflage des Rousseauschen „Zurück zur Natur!“, wer darin die Aufgabe sieht, in dieser Welt mit ihren Problemen menschenwürdiges Leben zu sichern, der begreift, daß Umweltschutz-

politik wachsende Wirtschaft und damit wachsende Finanzkraft zur unabdingbaren Voraussetzung hat. Aber es sollte auch begriffen werden, daß Wirtschaftswachstum, daß Industrieansiedlung in den vor uns liegenden Jahrzehnten zur genauso unabdingbaren Voraussetzung haben wird die Bereitschaft der Menschen, dort, wo Wirtschaftswachstum stattfindet, auch noch zu leben. Die Menschen werden in den vor uns liegenden Jahrzehnten nicht mehr ganz selbstverständlich und nicht mehr ohne weiteres bereit sein, dort zu arbeiten, also dort zu leben, wo dies nicht ganz ungefährlich ist. Wer in Ballungsräumen das wirtschaftliche Wachstum abbremsen oder stoppen will, macht einen ähnlich gravierenden Fehler wie jene, die im Umweltschutz nur einen Angriff auf den Betriebserlös sehen. Beide Betrachtungsweisen sind falsch. Umweltschutz ist nicht als Modeerscheinung abzutun, ist nicht durch schlichten Verzicht auf weiteres wirtschaftliches Wachstum zu erreichen. Es geht nicht um die Anwendung von Zauberformeln, es geht um rationale und differenzierte Lösung der Probleme, die jenes Wachstum mit sich bringt, auf das wir nicht verzichten können und wollen. Wirtschaftliches Wachstum, Wachstum überhaupt, ohne Vorleistungen der öffentlichen Hand – darüber sind sich, denke ich, alle einig – ist nicht vorstellbar. Den Anforderungen an den Staatshaushalt – auch diesen Anforderungen – steht nun die Forderung nach Einschränkung der staatlichen Ausgaben aus konjunkturellen Gründen gegenüber. Diese Forderung – jedenfalls soweit sie pauschal vorgebracht wird – ist in mehr als einer Hinsicht schief und fehlerhaft. Bei ihr wird übersehen, daß die Ausgaben der öffentlichen Hand nur zu einem geringen Teil konjunkturpolitisch variabel sind. Kurzfristig veränderbar ist praktisch nur der Bereich staatlicher Investitionen und in ihm nur der ohnehin immer kleiner werdende Anteil der Anfangsraten für neue Investitionen. Investitionen in die Infrastruktur, in das Bildungs- und das Gesundheitswesen, in den Städtebau können nicht beliebig disponibel sein. Schon von den Sachzwängen her hat der Einsatz der Staatshaushalte zur Konjunktursteuerung seine Grenze. Und wer diese Grenze nicht beachtet, riskiert es, durch eine Oberdosis Medizin die Krankheit noch zu verschlimmern oder aber die eine Erscheinungsform einer Krankheit durch eine andere zu ersetzen. Im übrigen: Soweit der Ruf nach konjunkturmotiviertem Investitionsverzicht des Staates einen Rest von Berechtigung hat, wird dieser Ruf, soweit er von der Wirtschaft erhoben wird, ohne Zweifel sein Gewicht verdoppeln, wenn er verbunden ist mit deutlicherer Selbstbeschränkung im Bereich jener, die Ihn erheben.

Die Haushaltspolitik kann bei der Konjunkturpolitik nicht ausgespart werden; sie kann aber nicht ihr Zentralpunkt sein. Wir haben in Hamburg versucht – was den Staatshaushalt anlangt –, eine vernünftige Mitte zu halten. Von den neuen Investitionen, die nach der ursprünglichen Haushaltssplanung für 1972 sämtlich aus der Konjunkturausgleichsrücklage finanziert werden sollten, wurde die dringlichste Hälfte aus dem normalen Haushalt finanziert, die andere Hälfte der Konjunkturpolitik geopfert. Die im Haushalt vorgesehene Kreditaufnahme wurde um 56 Millionen DM gekürzt.

Erlauben Sie mir einige Bemerkungen zur hamburgischen Haushaltspolitik im übrigen. Die größte Ausgabenposition im hamburgischen Haushalt sind die Personalausgaben mit fast 50 Prozent der bereinigten Gesamtausgaben fast 50 Prozent!, eine Zahl, die jeden erschreckt. Aber die Höhe der Aufwendungen wird etwas verständlicher, wenn man sich die Bereiche betrachtet, in denen der Großteil unserer Mitarbeiter im öffentlichen Dienst tätig ist. Dies sind 15 000 Lehrer, 7 800 Polizisten, zirka 11 000 Mitarbeiter in den Krankenhäusern. Ich glaube, es bedarf keiner besonderen Erläuterung, daß diese besonders wichtigen Posten im Personalhaushalt dieser Stadt nicht ohne unvertretbare Folgen einfach reduzierbar sind. Es ist uns – und ich bin ein bißchen stolz darauf – trotzdem gelungen, für den Haushaltspantentwurf 1973 zum ersten Mal den Zuwachs an neuen Stellen deutlich unter den Zuwachs der vergangenen anderthalb Jahrzehnte zu drücken.

Eine weitere Ausgabenposition, die zunehmend ins öffentliche Interesse gerückt ist – auch in Hamburg –, sind die Subventionen, deren Abbau natürlich in einem wenn auch bescheidenen Rahmen in unserem Haushalt möglich wäre. Man sollte sich allerdings davon nicht allzuviel versprechen. Der größte Teil entfällt auf jenen Betrag, der die Mieten im sozialen Wohnungsbau reduzieren soll. Aber eine solche Ver-

minderung der Subventionsausgaben bedarf der Mitwirkung vieler, deren Initiative in diesem Punkt sich nicht erschöpfen darf in der Forderung, die Subventionen zu kürzen, sondern die verbunden sein muß mit der Bereitschaft, solche Entscheidungen, wenn sie gefällt sind, dann auch öffentlich mit zu tragen und zu unterstützen. Die gesetzten Prioritäten, von denen ich vorhin sprach, haben in einem erheblichen Umfang Finanzmasse gebunden, so daß in Hamburg fast alle anderen Bereiche in ihren finanziellen Wachstumsraten erheblich unter dem Durchschnitt bleiben mußten. Dies hat, wie im übrigen vorauszusehen war, zu neuen Nachholbedarfen geführt. Dies ist auch eine Kehrseite von Prioritätensetzung.

Die wichtigste Aufgabe der Haushaltspolitik der kommenden Jahre in unserer Stadt wird sein, durch vorsichtige Akzentverschiebungen in der Haushaltspolitik, ohne dabei die Prioritätensetzung aufzugeben, dafür zu sorgen, daß in den wichtigsten Bereichen der Anschluß an zukünftige Entwicklungen gesichert bleibt. In diesem Zusammenhang werden drei Teilbereiche eine besondere Rolle spielen: die innere Sicherheit, der Bau und die Ausstattung von Kindergärten und Kindertagesheimen und nicht zuletzt die Erhaltung der Substanz im öffentlichen Vermögen.

Im Bereich der Sicherheitspolitik bedeutet dies konkret die Realisierung des berühmt gewordenen Gutachtens über die hamburgische Polizeistruktur. Die erforderlichen Mittel sind mit etwa 80 Millionen DM anzusetzen. Wir werden, denke ich, diese Aufgabe lösen können, weil diese Investitionen es möglich machen, im Bereich der Polizei in den vor uns liegenden Jahren auf größere Stellenplanausweitungen zu verzichten. Und wir werden sie lösen müssen, weil der Bürger in diesem Bereich Anspruch auf äußerste Anstrengungen hat.

Die Notwendigkeit, den entstandenen Nachholbedarf an Kindergärten und Kindertagesheimplätzen zu befriedigen, folgt nicht nur aus der sozialen Lage vieler junger Familien, die auf solche Plätze dringend angewiesen sind; die Lösung dieses Problems wäre auch ein Beitrag im Rahmen unserer Anstrengungen, dem Bevölkerungsrückgang entgegenzuwirken.

Und schließlich: Die sparsame Dotierung für Unterhaltungsmaßnahmen im Bereich des Hafens, im Straßennetz und bei öffentlichen Gebäuden wird für die Zukunft nicht fortgesetzt werden, können. Wir haben hier eine Schwelle erreicht, von der ab Sparsamkeit unwirtschaftlich ist.

Wir werden im Zusammenhang mit der finanziellen Bewältigung der Schwerpunkt-bereiche und der neu entstandenen Nachholbedarfe die Probleme der Staatsverschuldung für Hamburg neu zu überdenken haben. Wenn wir den Verschuldungsgrad anderer Länder und Kommunen und die Entwicklung des staatlichen Realvermögens in den vergangenen Jahrzehnten betrachten, dann stellt sich das Problem der Grenzen staatlicher Kreditaufnahme und der Staatsverschuldung für Hamburg in einem etwas anderen Licht dar. Die unabewislich zu befriedigenden Prioritäts- und Nachholbedarfe sind allerdings wesentlich größer, als daß sie allein aus einer etwas höheren Inanspruchnahme des Kreditmarktes befriedigt werden könnten. Wir werden um Steuererhöhungen nicht herumkommen. Darüber gibt es ja inzwischen – wenn ich das richtig begriffen habe – auch unter den sonst im Streit liegenden beiden großen Parteien keine grundsätzliche Meinungsverschiedenheit mehr.

Nun wird bei der Erörterung dieses Problems von einigen sogleich darauf verwiesen, daß durch die Steuerlast der private Bereich in der Wirtschaft durch den Staat zurückgedrängt werde und daß auf diese Weise die Marktwirtschaft ernstlich in Gefahr gerate. Natürlich gibt es Grenzen steuerlicher Belastbarkeit, die nicht überschritten werden dürfen, wenn Leistungsstrebungen und im übrigen auch Steuerehrlichkeit erhalten bleiben sollen. Aber zum einen wandeln sich die Grenzen steuerlicher Belastbarkeit, zum anderen nimmt der Bürger – auch der Bürger, der wirtschaftet – für das Geld, das er in Gestalt von Steuern dem Staat abtritt, in zunehmendem Maße Leistungen in Anspruch, die im Ergebnis seiner Vermögensphäre zuzurechnen sind. Die Gegner jeder Steuererhöhung sollten nicht den Gegnern der Marktwirtschaft das Argument liefern dürfen, diese Wirtschaftsform sei etwa nicht imstande, die Finanzierung der notwendigen Aufgaben der Gemeinschaft zu sichern. Ich bekenne mich zu dieser Marktwirtschaft. Aber wir sollten uns auch darüber einig sein, daß nicht jede Fortentwicklung, nicht jede Anpassung an gesellschaftliche

Prozesse einen Angriff auf das System darstellt. Wer zu einer ständigen Fortentwicklung nicht bereit ist, arbeitet jenen in die Hand, die das System in toto zerstören möchten, weil sie es mit so schönen Begriffen wie „Leistungsdruck“, „Konsumentror“, „Ausbeutung“, „Umweltzerstörung“ und „Neokolonialismus“ identifizieren. Wem daran liegt, daß unsere freiheitliche Wirtschaftsordnung erhalten bleibt, der muß sie verbessern. Und es ist notwendig, daß gerade diejenigen, die sich als Unternehmer mit dieser Marktwirtschaft in besonderer Weise identifizieren, aktiv an ihrer zukunftsgerechten Gestaltung mitwirken. Sie müssen erkennen, daß von ihrer Belegschaft, an jenen gesellschaftlichen Veränderungen mitzuwirken sollen, ganz entscheidend die Antwort auf die Frage abhängen wird, ob neue Entwicklungen mit den Unternehmern oder an ihnen vorbei erreicht werden.

Lassen Sie mich zurückkommen auf Wachstumspolitik für Hamburg, insbesondere auf die Entwicklung wirtschaftlichen Wachstums. Unsere Anstrengungen in diesem Bereich beruhen auf zwei Zielvorstellungen der Stärkung der wirtschaftlichen, finanziellen und damit in weitestem Sinne sozialen Leistungsfähigkeit unseres Gemeinwesens und der Sicherung von Arbeitsplätzen. Wir fordern – versuchen zu fördern – die Expansion ansässiger und die Ansiedlung neuer Betriebe und sind dabei mit der Zielvorstellung verminderter Konjunkturabhängigkeit unserer Wirtschaft bemüht, ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Groß-, Mittel- und Kleinbetrieben und eine breite Branchenfächerung zu erreichen.

Industrieansiedlungs- und Wirtschaftsförderungspolitik in Hamburg ist nicht möglich ohne ständige Anstrengungen im Hafenbereich. Die Container-Terminals haben Hamburgs Platz in der Spitzengruppe der Welthäfen wieder gestärkt. Und nicht weniger deutlich, meine ich, spiegeln sich unsere Bemühungen in den Projekten und Bauten für die verkehrsmäßige Erschließung des Hafen- und Industriegebietes westlich des Köhlbrands wider.

In diesem Zusammenhang ein Wort zur Vertiefung der Elbe. Wir werden die Ernsthaftigkeit unserer Bemühungen, die Finanzierung der Elbevertiefung durch den Bund zu sichern, dadurch bekräftigen müssen, daß Hamburg in seinen Finanzplanungen die für die Vertiefung der Hafenelbe notwendigen Beträge aufnimmt. Wir werden das auch dann tun müssen, wenn damit die Grenzen des eigentlich Vertretbaren im Haushaltsvolumen jedenfalls tangiert werden.

Die Verwirklichung dieser und ähnlicher Vorhaben kommt unserer Stadt, der Region und letztlich der Bundesrepublik zugute. Wir sehen die wirtschaftliche Entwicklung Hamburgs nicht isoliert, sondern als Teil eines unbestreitbar notwendigen Entwicklungsprozesses in der Unterelberegion und im deutschen Küstenraum überhaupt. Wir wissen, wie wichtig die Strahlkraft der Metropole Hamburg für diesen Entwicklungsprozeß ist, und wir haben konkrete Vorstellungen darüber entwickelt, wie die Impulse aus dem Zentrum heraus in Achsen und Bändern kanalisiert und auf Schwerpunkte konzentriert werden sollten. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an das Modell unseres Wirtschaftssenators zur wirtschaftlichen Entwicklung der Unterelberegion sowie – für den engeren Bereich des städtischen Siedlungsgebietes – an das Entwicklungsmodell für Hamburg und sein Umland.

Die Grundsätze, von denen diese Modellvorstellungen ausgehen, sind mehr und mehr zum Allgemeingut regionalpolitischer, landesplanerischer und raumordnerischer Überlegungen auch in anderen Räumen geworden. Hamburg hat damit einen wesentlichen Beitrag geleistet zur allmählichen Beseitigung einer Ideologie, die in den großen Städten nichts anderes sah als das Ergebnis von Fehlentwicklungen, als bedauerliche und schädliche Ballungen. Wir können mit einiger Befriedigung feststellen, daß die Verdichtungsräume heute mit anderen Augen gesehen werden. Man hat erkannt, daß von ihrer wirtschaftlichen Entwicklung auch das ökonomische Wachstum der Region, deren Zentrum sie jeweils sind, maßgeblich bestimmt wird, ebenso wie es für die Zentren wichtig ist, eine ökonomisch blühende Region um sich zu wissen. Und man hat auch erkannt – und stemmt sich nicht mehr gegen diese Erkenntnis –, daß die städtischen Räume als Mittelpunkte des kulturellen und gesellschaftlichen Lebens eine wachsende Anziehungskraft auf die sich entwickelnde Wohlstands- und Freizeitgesellschaft ausüben.

Gerade in den Städten stellt sich die Frage nach der Zukunft unserer Gesellschaft am deutlichsten. Wir haben unser Konzept für den Rahmen, innerhalb dessen wir die Realisierung unserer Politik für Hamburg anstreben, mit dem Flächennutzungsplan vorgelegt. Wir legen mit ihm ein Bekenntnis zur großen Stadt ab, zu einer Stadt, die menschlich und lebenswert ist und im übrigen bleiben muß und auch bleiben kann. Wir bekräftigen mit ihm unsere Absicht, die Wirtschafts- und Finanzkraft Hamburgs weiter zu stärken und das Wachstum dieser Stadt weiter zu fördern, auch im Hinblick auf die Bevölkerungszahl.

Ich denke, daß wir ein der Vergangenheit den Problemen der Bevölkerungsentwicklung zuwenig Raum gegeben haben. Dies ist vielleicht darin begründet, daß wir in diesem Zusammenhang zu sehr nur die Zahlen, nicht aber die mit der Verminderung der Bevölkerungszahl untrennbar verbundene Veränderung, genauer gesagt, Verschlechterung der Bevölkerungsstruktur gesehen haben. Eine Stadt, die für die Zukunft leistungsfähig bleiben will, darf sich aber mit einer solchen Entwicklung nicht abfinden. Die jetzige Tendenz ist nicht einfach vorgegeben. Es ist auch, nicht nur, aber auch eine Frage unseres Wollens, unseres Leistungswillens, unseres Konzepts, die jetzige Entwicklung aufzufangen und langfristig wieder positiv zu beeinflussen.

Mit dem Flächennutzungsplan werden wir die Stadtstruktur verbessern und das Angebot für Wohnen, Arbeiten und Freizeit vergrößern. Ein Instrument ist das System der zentralen Standorte, das auf eine Anbindung der zentralen Einrichtungen in die Wohngebiete und in die Arbeitsstättengebiete abzielt. Dieses System wird, wenn uns seine Realisierung gelingt, einen ganz wesentlichen Integrationsfaktor im Rahmen der wachsenden Stadt darstellen. Gleichzeitig wird die City entlastet vom Übergewicht hoher Bürokonzentration. Wir steuern eine Mehrung des Wohnanteils im Stadtkern und damit die wohl einzige realistische Form seiner Wiederbelebung an. In diesen Problemkreis gehört auch die Sanierung unserer älteren Stadtteile, eine Sanierung allerdings, die sich abwendet vom Konzept der Tabula rasa, die sich hinwendet zu einer Abstufung der Mittel, zur Abwägung zwischen der Modernisierung erhaltenwerter Bestände und dem Abbruch sozial unerträglicher Substanz. Eine Sanierung, die den Bürger nicht zwangsläufig aus seinem Lebenskreis verdrängt, eine Sanierung auch, die nicht die Gleichung akzeptiert: Sanierung = weniger Wohnungen.

In diesen Gesamtzusammenhang gehört schließlich das Projekt der neuen Stadt Allermöhe, die eine Antwort – und nicht die geringste – des Senats auf die Frage sein soll, wo Menschen in Hamburg wohnen können, die in Hamburg wohnen wollen. Diese wachsende Stadt, diese Stadt, die Menschen anziehen will, wird – um auch das nicht zu verschweigen – mit Sicherheit nicht die autogerechte Stadt sein. Zwar hilft uns die Verteufelung des Automobils nicht weiter – eine Motivation übrigens, die sich gerade im Munde jener, die sich für besonders fortschrittlich halten, etwas merkwürdig ausnimmt, weil sie dieses zusätzliche Stück Freiheit, das das Auto auch ist, ausgerechnet jetzt in Frage stellen will, also in einer Zeit, in der sich auch jene ein Auto leisten können, die früher auf der Schattenseite des Lebens standen –, diese Verteufelung, sagte ich, hilft uns nicht weiter. Wir werden aber nicht zulassen, daß durch eine Quantität des Straßenbaues, die sich ausschließlich an den Bedürfnissen des Individualverkehrs ausrichtet, ganze Schneisen in die Stadtlandschaft geschlagen und ganze Stadtteile buchstäblich garottiert werden.

Meine Damen und Herren! Die Chancen für die Zukunft dieser Stadt liegen bei uns. Es kommt auf die Bereitschaft an, sie zu nutzen, und hierzu brauchen wir die Hilfe aller. Viele Probleme liegen offen vor uns, und längst nicht auf alle gibt es einfache Antworten. Die Kenntnis von Fakten und Programmen, so aufklärend und instruktiv sie auch sein mögen, reicht nicht aus, um unsere Stadt für die Zukunftsaufgaben zu rüsten. Diese Stadt wird und muß mehr sein als nur ein perfektes System ökonomischer Kalkulation und technischer Lösungen.

Die Prinzipien, nach denen unsere Gemeinschaft gestaltet und geführt wird, sind am Bürger ausgerichtet, am Bürger, der Anspruch hat auf ein Leben in Sicherheit,

Gerechtigkeit und Freiheit und der dazu auch noch nach Glück und Zufriedenheit fragt. Von uns allen verlangt ihre Verwirklichung Mut, aber auch Besonnenheit, verlangt Einfallsreichtum und Fleiß.

Hamburg, so hat es Max Brauer vor zwanzig Jahren einmal formuliert, ist mehr als ein Arbeitsplatz, mehr als Hafen und Wirtschaft. Es ist für uns eine Lebensgemeinschaft, die in Freiheit das Äußerste zur Gestaltung einer humanitären Gesellschaft zu tun bereit ist. Dabei müssen uns, die Politiker in Senat und Bürgerschaft, engagierte Bürger unterstützen. Wir können dazu beitragen, daß die Art, wie Hamburg seine Angelegenheit betreibt, wie es seine sozialen Pflichten erfüllt und wie es sein Verhältnis mit anderen regelt, zu einem über die Grenzen unserer Stadt hinaus sichtbaren und damit wirksamen Signal wird.

Herzlichen Dank.

